

Die Kohlenversorgung Wiens.

Wie wir hören, findet morgen Samstag bei der Nordbahndirektion eine Konferenz statt, die sich mit der Frage der Kohlenversorgung von Wien beschäftigen wird. Die für die Kohlenversorgung Wiens verantwortlichen Faktoren sind selbstverständlich bemüht, gleichwie im Vorjahre, trotz der vorhandenen Schwierigkeiten die Versorgung der Wiener Bevölkerung mit Kohle unter allen Umständen sicherzustellen. Es läßt sich allerdings nicht leugnen, daß die Verhältnisse heuer etwas ungünstiger liegen als im Vorjahre. Wenige Ziffern werden das dartun. Im Vorjahre verfügte die Hauptstadt über ein Quantum von 12.000 Wagen, nach dem Stande vom 14. d. ist nur ein Vorrat von 8200 Wagen vorhanden. Verschiedene Ursachen wirken zusammen, um die Anhäufung weiterer Vorräte zu hemmen. Zunächst wird die Zufuhr nach Wien dadurch behindert, daß in Oberschlesien ein noch nicht dagewesener Waggonmangel herrscht. Man braucht nur darauf hinzuweisen, daß in manchen Tagen den Gruben Verladerraum zur Verfügung gestellt wird, der nur 20 bis 30 Prozent des normalen Verladerraumes beträgt. Und die Dispositionswaggons werden in erster Reihe dazu verwendet, um den Verkehr auf den Eisenbahnen zu ermöglichen. Es sind insbesondere die Königlich ungarischen Staatsbahnen, die allerdings jetzt eine geradezu enorme Leistungsfähigkeit dokumentieren, und die gezwungen sind, den Ausfall an Feuerungsmaterial, der durch die Außerbetriebsetzung der Kohlengruben in Petroseny, die eine Förderung von täglich 600 Wagen hatten, entstanden ist, in erhöhtem Maße aus dem obereschlesischen Revier zu decken. In der Sitzung am nächsten Samstag dürfte allerdings auch die Frage zur Diskussion gestellt werden, wieso es gekommen ist, daß die Kohlenvorräte in Wien auf den oben bezifferten Stand vom 14. d., der ja seither keine wesentliche Steigerung erfahren haben dürfte, herabgesunken sind. Es wird nämlich behauptet, daß im Verlauf der Sommermonate der Wiener Kohlenhandel die günstige Zeit nicht entsprechend ausgenützt hat, um hinreichende Vorräte aufzustapeln. Einzelne Firmen waren allerdings sehr eifrig darauf bedacht, vor allem ihren Teil zur Kohlenversorgung Wiens beizutragen und sie haben jede Offerte abgelehnt, sofern eine solche die Sicherstellung dieses Quantums gefährdet hätte. Das läßt sich aber nun von anderen Firmen allerdings nicht behaupten, diese haben auf Kosten der Sicherstellung des Wiener Bedarfes, wie behauptet wird, sogar neue Kunden aufgesucht, weil sich ihnen die Möglichkeit geboten hat, diese Quantitäten zu lukrativeren Preisen abzugeben. Da aber, wie schon erwähnt, die Kohlenversorgung Wiens eine dringliche Angelegenheit ist, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die Konferenz am nächsten Samstag sehr wichtige Beschlüsse fassen wird, um dieses Problem rechtzeitig und restlos zu lösen. Vorbildlich für die Organisation der Kohlenversorgung ist ja die Tätigkeit der Kohlenversorgungskommission im Ministerium für öffentliche Arbeiten. Bekanntlich hat diese Kommission die Verteilung der Osterr. Kohle zum Gegenstande und es herrscht nur eine Stimme darüber, daß diese unter dem Vorsteher des Sektionschefs R. v. Homann stehende Kommission so tadellos funktioniert, daß sich an diese Kommission niemand vergeblich um Kohle wendet. Die Requisition notwendiger Quantitäten ermöglicht es eben, die Ansprüche der Kohleninteressenten in klugster Weise zu befriedigen.

Wie wir hören, haben sich die Kohlen Großhändler an das Handelsministerium mit einer Eingabe um Erhöhung der Preise für Sackkohle gewendet. Dieses Ansuchen wird mit dem Hinweis darauf begründet, daß sie diese Sackkohle gegenwärtig schon mit einem Verluste von 30 Heller per Meterzentner verkaufen.

Preiserhöhungen für Ruhrkohlen?

In der im Monat November stattfindenden Versammlung der Zechenbesitzer des Rheinisch-Westfälischen Kohlen Syndikates wird auch die Frage der Richtpreise für das erste Vierteljahr 1917 zur Beratung und zur Beschlussfassung gestellt werden. Unter den beteiligten Kreisen finden schon jetzt Besprechungen in dieser Angelegenheit statt. Die Bestrebungen der Zechen gehen, wie unser rheinischer Korrespondent schreibt, seit einiger Zeit unter Hinweis auf die seit dem Frühjahr eingetretene erhebliche Steigerung der Löhne und der übrigen Selbstkosten nachdrücklich nach einer Hinaufsetzung der Kohlenpreise. Bei der Festsetzung der Preise wird, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ schreiben, ausschlaggebend sein die Haltung des Handelsministers, der sich bekanntlich ein Vetorecht vorbehalten hat. Wenn man den in den Kreisen der Zechenbesitzer auftretenden Auffassungen folgen darf, so scheint der Handelsminister nicht abgeneigt zu sein, den Zechen eine den höheren Selbstkosten in etwa Rechnung tragende Preissteigerung zubilligen zu wollen, wobei auch wohl der Umstand mitsprechen dürfte, daß die Eisenindustrie und andere Kohlenverbrauchende Kreise sich in einer geradezu glänzenden Lage befinden. In der Hauptsache dürften von der Preiserhöhung demnach die Industriekohlenprodukte und der Koks betroffen werden, ob auch Hausbrand mit in die Preiserhöhung hineinbezogen werden wird, steht noch dahin; ein eventueller Aufschlag auf dieses Material würde aber aus Gründen allgemeiner wirtschaftlicher Art sehr niedrig bemessen werden und kaum den Betrag von 50 Pfg. für die Tonne übersteigen. Zuletzt erfolgte die Neu festsetzung der Verkaufspreise im Frühjahr 1916, und zwar betrug der Aufschlag Mk. 1.50 für Koks, 1 Mk. für Koksgrus und Koksstohle und 50 Pfg. für Bricketts. Bei der Beschlussfassung über die Verkaufspreise für die restlichen sechs Monate im Mai d. J. ist gegen den Wunsch vieler Zechen eine Milderung in den Notierungen nicht vorgenommen worden.